

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan Telefon (075) 237 51 51 Fax Redaktion (075) 237 51 55 Fax Inserate (075) 237 51 66 Amtliches Publikationsorgan 1.00 Fr.

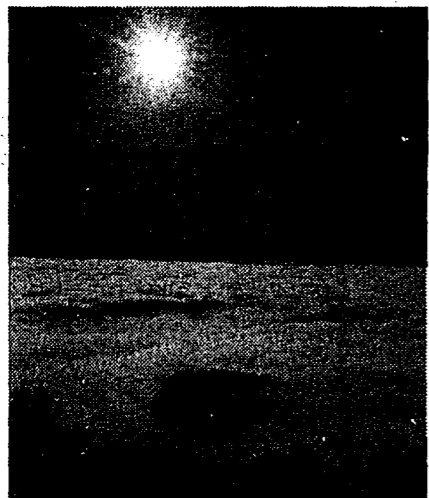
AKTUELL

Lehrer unter Verdacht des Missbrauchs Jugendlicher

(pafl) – Auf Anfrage teilt die Regierung Folgendes mit: Die Regierung wurde am letzten Mittwoch abend, den 11. Dezember dahingehend informiert, dass gegen eine Lehrperson in vier Fällen Verdacht auf Missbrauch von Jugendlichen bestehe und Anzeige an die Staatsanwaltschaft erstattet wurde; die Ermittlungen wurden sofort eingeleitet. Die Regierung hat ihrerseits gemäss den Bestimmungen des Lehrerdienstgesetzes nach vorgängiger Anhörung sofort ein Disziplinarverfahren eröffnet und die verdächtige Lehrperson vom Dienst suspendiert. Solange nicht einwandfrei geklärt ist, dass der Verdacht jeder Grundlage entbehrt, kann das Dienstverhältnis aufgrund des Lehrerdienstgesetzes nicht weitergeführt werden.

Ungetrübter Weitblick

Einen ungetrübten Weitblick können derzeit all diejenigen geniessen, denen es die Zeit erlaubt, für ein paar Stunden einen Ausflug in höhere Regionen zu machen. Während



sich unterhalb von rund 1000 Metern eine dicke Nebelsuppe breitmacht, beschert Petrus höhergelegenen Regionen angenehme Temperaturen, ideale Schneeverhältnisse und Sichtweiten über viele Kilometer. Wenn das Wetter über die Weihnachtstage anhält, dann werden die Wintersportorte wohl mit einem kräftigen Ansturm zu rechnen haben.

Bundesrat soll neuen Präsidenten wählen

Die interjurassische Versammlung soll weiterhin von einer neutralen Person geleitet werden. Dies beschlossen Bundespräsident Arnold Koller und die Regierungen der Kantone Bern und Jura, wie das EJPD am Montag mitteilte. Koller werde deshalb dem Bundesrat beantragen, einen neuen Präsidenten zu ernennen.

Raphael Huber
Goldschmied

Juwelen, Schmuck
Exklusivherstellung

Aldenhof 21, 9490 Vaduz
Tel. 075 237 61 21

Weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit in unserem Land

Total 312 Arbeitslose und 373 Stellensuchende – Mitteilung der Arbeitsvermittlung des Amtes für Volkswirtschaft – Mehr offene Stellen

(G.M.) – Die Arbeitslosigkeit in unserem Lande nimmt weiter zu. Nach einer Mitteilung der Stellenvermittlung beim Amt für Volkswirtschaft stieg die Arbeitslosenrate im November um 1,4 Prozent. Mit 312 Arbeitslosen ist die bisherige Höchstzahl in diesem Jahr erreicht worden. Wie die Arbeitsvermittlung weiter mitteilt, soll die Zulassung ausländischer Arbeitskräfte angesichts der stetig steigenden Arbeitslosigkeit restriktiver gehandhabt werden.

Von den 312 gemeldeten Arbeitslosen haben gemäss Arbeitsvermittlungsstelle 296 Anspruch auf Taggeldentschädigung. Die Zahl der übrigen Stellensuchenden ist mit 61 Personen im Vergleich zum Vormonat unverändert geblieben. Von den insgesamt 373 Stellensuchenden sind 209 Männer und 164 Frauen. Der Anteil der Männer hat sich gegenüber Oktober um 2 Prozent auf 56 Prozent erhöht, während der Frauenanteil auf 44 Prozent zurückgegangen ist.

Zunahme um 128 Personen

Ein Vergleich mit der Arbeitslosenstatistik vom November des letzten Jahres zeigt nach Darstellung der Arbeitsvermittlung deutlich die Veränderungen während eines Jahres. Den heute 312 Arbeitslosen stehen 184 arbeitslose Personen des Novembers 1995 gegenüber. Innerhalb eines Jahres muss somit eine Zunahme von 128 Personen verzeichnet werden. In diesem Zeitraum sind mehr Männer als Frauen arbeitslos geworden: Der Geschlechtervergleich zeigt bei den Männern eine Zunahme von 80 Personen und bei den Frauen eine solche von 56 Personen.

Mehr offene Stellen

Die erneute Zunahme von offen gemeldeten Stellen; wird von der Arbeitsvermittlung als «positives Zeichen» bewertet. Die Stellenangebote haben im vergangenen Monat um 9 auf 27 Stellen zugenommen. Die Arbeitsvermittlung

verbreitet in ihrer Mitteilung über eine gestiegene Arbeitslosenzahl auch Zuversicht: «Die diversen Meldungen, dass die Besetzung von neuen Stellen erst im Februar/März des nächsten Jahres konkret diskutiert wird, lässt viele Erwerbslose zuversichtlich ins neue Jahr blicken.»

Wirtschaftliche und saisonale Gründe

Die Ursache des Arbeitslosenanstieges im Monat November hat gemäss Mitteilung der Arbeitslosenvermittlung einerseits saisonale und andererseits wirtschaftliche Gründe. So seien beispielsweise mehrere Beschäftigte, die während der letzten Monate nur eine befristete Beschäftigung hatten, auf die kältere Jahreszeit hin wieder arbeitslos geworden. Fast 40 Prozent der Neuanmeldungen stammen nach den Erhebungen der Arbeitsvermittlung aus dem Bereich der Bürobranche. Überdurchschnittlich gross war auch der Zugang von Anmeldungen aus der Hotellerie. Ebenso haben die Neu- und Wiederanmeldungen von Arbeitslo-

sen ohne erlernten Beruf zugenommen. Das zeigt, hält die Arbeitsvermittlung in ihrer Mitteilung fest, dass Personen ohne Berufskennntnisse stärker von der Arbeitslosigkeit betroffen sind als ausgewiesene Fachkräfte. Aus Industrie und Gewerbe sind ebenfalls zahlreiche Wieder- oder Neuanmeldungen zu verzeichnen.

Restriktivere Ausländerpolitik

Aufgrund der Tatsache, dass die Zahlen der Erwerbslosen derzeit stetig im Steigen begriffen sind, wird nach Mitteilung der Arbeitsvermittlung in Zusammenarbeit mit der Fremdenpolizei die Bewilligungspraxis für Neuzugänge noch restriktiver gehandhabt. Dies soll eine weitere Massnahme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit darstellen. Die Arbeitsvermittlung hat den Aufruf erlassen an die Arbeitgeber, bei Neuanstellungen vermehrt auf die recht grosse Anzahl der Erwerbslosen zurückzugreifen und so der einen oder anderen beschäftigungslosen Person eine neue Chance zu geben.

65 Geschichten sind bei uns eingetroffen!



In unserem Land liegt ein Potential von Geschichteschreibern! Angefangen hat alles mit «Böse Mädchen kommen bestimmt nicht in den Himmel. Oder doch?» 65 Autorinnen und Autoren haben sich den Kopf zerbrochen, wie sich die kleine Marina wohl aus der Affäre ziehen könnte. Am liebsten würden wir alle Werke veröffentlichen, aber eben, leider fehlt der Platz. Lesen Sie heute die ersten zwei Geschichten. Wie aus verschiedensten Produkten schöne Weihnachtsgestecke entstehen, zeigen Frauen aus Ruggell in unserer Weihnachtsbeilage. Ricci Vogt aus Balzers zeigt, wie Sie Ihre Familie über die kommenden Festtage kulinarisch verwöhnen können. Bis Donnerstag, den 19. Dezember 1996 können Sie die Lösung vom Weihnachtsrätsel an folgende Adresse schicken: Liechtensteiner VOLKSBLATT, Wettbewerb, 9494 Schaan. Zu gewinnen sind attraktive Gutscheine. Viel Spass beim Lesen und Rätsellösen wünscht das VOLKSBLATT-Team.

Schwerverletzte ausser Lebensgefahr

Riederalp (AP) Die zwei Schwerverletzten des Gondelbahnglücks auf der Riederalp (VS) vom Samstag sind ausser Lebensgefahr. Obwohl inzwischen praktisch feststeht, dass ein Herstellungsfehler einen Ermüdungsbruch auslöste, fahren Bahnen ähnlichen Typs weiter. Beim Bundesamt für Verkehr laufen die Abklärungen auf Hochtouren. Die Frau und der Mann, die beim Unglück schwer verletzt worden waren, sind ausser Lebensgefahr, wie es bei der Kantonspolizei Wallis am Montag hiess. Beim Unglück waren ein Walliser Bergführer von einer abstürzenden Gondel erschlagen und insgesamt 18 Personen verletzt worden. Sieben Menschen lagen am Montag noch mit Hirnerschütterungen, Rückenverletzungen und Oberschenkelbrüchen im Spital; die übrigen neun konnten nach Hause. Im Seilspannsystem der Talstation der vor genau einem Jahr eröffneten Gondelbahn Riederalp – Moosfluh war die Achse einer Seilscheibe gebrochen, worauf sich das Seil schlagartig etwa 15 Meter entspannte. Drei von insgesamt 15 zwölfplätzig Gondeln schlugen am Boden auf. Hans-Rudolf Gassmann, Chef Seilbahnen des Bundesamts für Verkehr, sagte auf Anfrage, er habe eindeutige Anzeichen für einen Ermüdungsbruch festgestellt. Die Achse sei erste 2205 Stunden in Betrieb gewesen. Der Riss sei schnell gewachsen. Bei der Herstellung müsse ein Fehler passiert sein; der Fehlerbereich reiche von der Materialwahl bis zur Sicherheitsprüfung vor der Inbetriebnahme.

Schweiz: Wirtschaft soll Hilfe bekommen

Vorgezogene Investitionen sollen Wirtschaft auf die Beine helfen

Bern (AP) Neben SP und CVP sind auch FDP und SVP einverstanden, der krisengeplagten Wirtschaft mit vorgezogenen Investitionen zu helfen. Für die Gespräche zwischen Bundesrat und Sozialpartnern liegt zudem ein Experten-vorschlag vor, gemäss dem der Bund mit 700 Millionen Franken Investitionen von drei Milliarden auslösen soll.

Ein Tag vor dem Treffen des Bundesrates mit Vertretern der Sozialpartner nahmen die vier Regierungsparteien am Montag eine wirtschaftspolitische Lagebeurteilung vor. An diesen Gesprächen nahmen auch Bundespräsident Jean-Pascal Delamuraz sowie die Bundesräte Kaspar Villiger und Arnold Koller teil. Während der vom Nationalrat im

Grundsatz beschlossenen Investitionsbonus von SVP und FDP nach wie vor abgelehnt werde, seien sich die vier Bundesratsparteien in der Beschleunigung bereits beschlossener Investitionen einig, sagte FDP-Präsident Franz Steinegger. Zur Diskussion stünden die nicht ausgenutzten Investitionskredite im Budget 1996, die Anwendung der Kreditsperre oder der Unterhalt der Nationalstrassen. Die Eingriffe im Investitionsbereich müssten aber sorgfältig mit den Kantonen und Gemeinden abgestimmt werden, da die Umsetzungsbeschlüsse massgeblich auf dieser Ebene gefasst würden. FDP und SVP stellen jedoch den Vorbehalt, dass die mittel- und langfristigen strukturellen Vorhaben nicht in Frage gestellt würden.

Zwei Regierungsräte vor dem Richter

Solothurner Regierungsrat Peter Hänggi und Glarner Werner Marti

Glarus/Solothurn (AP) Gleich zwei amtierende Regierungsräte haben sich am Montag vor Gericht verantworten müssen. In Solothurn wurde Regierungsrat Peter Hänggi wegen Amtsmissbrauchs zu fünf Tagen Gefängnis bedingt verurteilt, in Glarus hat die Anklage vier Monate Gefängnis bedingt für Regierungsrat Werner Marti gefordert.

Das Strafverfahren gegen Hänggi war Ende März 1995 aufgrund einer anonymen Anzeige eröffnet worden. Dabei wurde dem CVP-Regierungsrat in einem Fall aus dem Jahr 1994 vorgeworfen, einen Entscheid des kantonalen Steueramtes über die Zahlung einer Handänderungssteuer umgestossen zu haben. Ebenfalls vor Gericht stand am Montag

in Glarus SP-Nationalrat, Regierungsrat und Preisüberwacher Werner Marti. Staatsanwalt Armin Felber forderte wegen Urkundenfälschung vier Monate Gefängnis bedingt. Die Verteidigung und auch Marti selber plädierten vor der Strafkammer des Glarner Kantonsgerichts auf Freispruch. Beurteilt wird vom Gericht lediglich ein Vorfall vom 23. Oktober 1989, als der Rechtsanwalt und Notar Marti einen Dienstbarkeits- und Vorvertrag bei einer Bodenabtretung im glarnerischen Obstal den beurkundet hatte. Marti wechselte nach dem Einverständnis des Grundeigentümers die Seiten des bereits unterschriebenen Vertrags aus und änderte die Strassenbreite. Felber sieht darin Urkundenfälschung.